

Erzähler vom Westermale

Hachener Tageblatt

Tägliche Nachrichten

für die Gesamtinteressen des Westermalegebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Anschluß für Drahtnachrichten.
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Anzeiger für
Landwirtschaft, Vieh- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhölzer in Hachenburg.

Nr. 277 Zugabe: 12. Heft 270 M.
monatlich 90 Pf. mit Beilage; durch die
Post 2,50 M. bezogen 85 Pf. ohne Beilage.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen weglassen.

Hachenburg, Donnerstag den 28. November 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsseitige Beilage oder deren
Raum 20 Pf., die Restanzeigen 60 Pf.

11. Jahrg.

Bange Frage.

Ein Berliner Mitarbeiter schreibt uns:

In dem denkwürdigen Kongressaal, in dem Bismarcks einst eine ganze widerstrebende Welt zur Verständigung zwingen, saßen sie beisammen die neuen Vertreter der deutschen Regierung, die Kinder der Revolution, um Bilanz anzulegen von den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen des Umsturzes aller Dinge. Was sie zu hören bekamen, lag trostlos über alle Mäßen. Schwierigkeiten über Schwierigkeiten auf allen Gebieten, im Innern und nach außen, und alle Köpfe, alle Arme wollten nicht ausweichen, um auch nur das Dringende in Ordnung zu halten oder weiteren Verfall vorzubeugen. Wird man bei dieser Lage der Dinge die Liebe zum Ganzen groß genug sein, um nicht selbsttätige Lösungen der Einzelteile aufkommen zu lassen? Wenn man sich wirklich nur darum handelte, das dieser oder jener Bundesstaat in einen Nachbarstaat aufginge, sich mit ihm zu einer Einheit verschmelze und danach mit unverschnittener Reichstreue zum Ganzen zurückkehrte — dagegen wäre natürlich gar nichts weiter einzumenden. Aber es liegt im Süden offenbar ganz andere Absichten vor. Die Lösung „Los von Berlin!“ wird dort schon recht laut ausgesprochen, und namentlich scheint der Ministerpräsident des Volksstaates Bayern, Herr Kurt Eisner, sich in den Kopf gesetzt zu haben, mit den Berlinern nicht viel Federlesens zu machen. Des mindesten, was er will, ist die Befreiung Preussens aus der föderalen Bundesstruktur im Reich. Deshalb hat er, kaum daß seine Republik in München aufgerichtet war, sofort mit einer Kundgebung an die feindlichen Mächte gewandt; deshalb läugelt er mit den Deutschen Reichern mehr, als die gute Sache es zu rechtfertigen scheint. Dieser Mann weiß wohl, was er will; aber die Absichten zur Wiederaufrichtung des Reiches bezagen könnten, das will uns sehr zweifelhaft erscheinen.

Noch schlimmer vielleicht sind die Absichtungen, denen Preußen an sich angeschlossen ist. Nicht nur das seine Ostprovinzen unmittelbar bedroht sind. Auch im Westen sieht es sehr düster aus. Das Saargebiet mit seinen reichen Kohlenflößen haben sich die Franzosen wegen dem Waffenstillstandsvertrage glattweg angeeignet; sie fragen eben nach nichts und nach niemand mehr, sondern tun, was ihnen beliebt. Aber die ganze schöne Rheinprovinz geht einer höchst ungewissen Zukunft entgegen, und schon ist der Gedanke aufgetaucht, ob man nicht am besten tue, sein Schicksal von Preußen zu trennen, als als Republik aufzumachen und entweder allein oder unter Anführung an die Süddeutschen eine weiche Orientierung zu nehmen — wer weiß, wozu das alles gut sein könnte? Und auch im Norden, an der Ostfront, sind neue Staatsbildungen aufgetaucht, die einfach von preussischem Land und Gut sich angliedern, was ihnen möglich erscheint, ohne deswegen in Berlin auch nur ein Wort zu verlieren. Und mit Nord-Schleswig, das schon ganz ungeniert mit der dänischen Regierung in Verbindung getreten ist, schließt sich der Ring. Kann es, wenn alle diese Pläne verwirklicht werden, dann noch schwerer fallen, das Schwergewicht des Reiches — wenn wir überhaupt noch ein Reich behalten oder wiederbekommen — von Berlin jagen wir einmal nach München oder, wenn Bayern sich überhaupt anders entscheidet, nach Frankfurt am Main zu verlegen? Und wo soll überhaupt die Macht herkommen, die es verhindern könnte, wenn Herr Eisner, wie er es einem englischen Berichterstatter gegenüber ankündigte, aus Preußen drei Einzelrepubliken zurechtschneiden ließe? Und kann man den Regierungsvertretern der Einzelstaaten, die jetzt in Berlin versammelt waren, überhaupt den guten Willen zutrauen, sich zu beschließen, damit das Ganze, das Reich, das teure Erbe unserer Väter nicht völlig in die Brüche geht? Kann man es angesichts der Tatsache, daß z. B. das lippische Land, wohl das kleinste Teilgebiet, das wir in Deutschland haben, nicht weniger als drei Vertreter zu dieser Reichskonferenz entsandt hätte? Wer will, wer kann sich die Kraft zutrauen, wieder zusammenzuleimen, was der Novembersturm aus den Fugen gebracht hat?

Sum dritten Male also: was wird aus unserem Reich, und was wird aus dem deutschen Volke?

Reichseinheit und Nationalversammlung.

Die Beschlüsse der Reichskonferenz.

Berlin, 28. November.

Spät abends wurden gestern die Beratungen der Reichskonferenz im Reichstags-Palais zusammengetreten. Auf Vorschlag des Volksbeauftragten Ebert wurden zum Schluß folgende Beschlüsse als Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, entschieden im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.

2. Der Versuch einer konstituierenden Nationalversammlung wird als einseitig und unzulässig, ebenso der Abschluß

der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.

3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Reichs- und Landesregierungen des Volkswillens.

4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schleunigste Vervollständigung eines Präliminarfriedens hinzuwirken.

Die Nachmittags-Sitzung verlief im Gegensatz zur Versammlung, in der die Geister hart aufeinander gestoßen waren, in ruhigerem Rahmen. Die Reden und Ausführungen verschiedener Redner in der wirtschaftlichen Aussprache machten erheblichen Eindruck. Der Staatssekretär des Ernährungswesens Burm lehrte die Schwierigkeiten der Ernährung dar. Staatssekretär Schiffer vom Reichsfinanzamt hob die Wichtigkeit geistlicher staatsrechtlicher Verhältnisse für die Finanzwirtschaft hervor. Staatssekretär Dr. August Müller vom Reichswirtschaftsamt warnte dringend vor jedem Eingriff in unser Kreditwesen, da unbedingt finanzieller Zusammenbruch folgen werde.

Kein Eingriff in Finanz- und Kreditwesen.

Die Ausführungen dieser Redner überzeugten die Versammlung von der Notwendigkeit, alle etwa aufkeimenden zerstörenden Meinungen in dieser Richtung zurückzudrängen. Folgende Resolution gelangte zur Annahme:

Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrecht zu erhalten, die ungehörte Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu sichern und die deutsche Volkswirtschaft im Inn- und Ausland kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und auch in den bisherigen Formen unbedingt erforderlich. In Übereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die deutsche Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditinstitute zu unterbleiben hat.

Dieser Beschluß kommt zur rechten Zeit, denn seit dem ersten Tage der Umwälzung lieferten gerade in dieser Beziehung die hartnäckigsten und töstlichsten heucheligensten Gerüchte, denen nun der Boden abgegraben ist.

Aus den Verhandlungen.

Stenisch hat sich aus der Mitte der Diskussionsredner auf der Konferenz die Verten des bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner erhoben. Sein Angriff auf die Männer aus früheren Zeiten, auf Solz, Eraberger usw. wurde von Wolfgang Heine zurückgewiesen, der betonte, die Entente sei gegen das deutsche Volk, nicht gegen einen einzelnen Unterhändler. Eisner erklärte, Clemenceau hat erst neulich erklärt, die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen gälten nicht dem deutschen Volk, sondern Wilhelm II. Der Kaiser sei gegangen, ihm müßten alle kompromittierten Männer nach Holland folgen, wenn sie nicht wegen Landes- und Volksverrats angefaßt werden sollten. Solz, Eraberger und ihre Gleichen seien für alle Zeiten erledigt. Im übrigen ist der bayerische Ministerpräsident für eine demokratische und soziale Politik der Räteregierung. Außerdem schlägt er die Einführung eines

provisorischen Präsidiums an Stelle des Bundesrats vor, das alle Verhandlungen mit der Entente führt. Nur auf Grund dieser seiner Vorschläge könnten die Abfälligsbestrebungen unterdrückt werden, die er bekämpfe, die aber in Bayern fester als je wären. Staatssekretär Eraberger führte in seiner Erwiderung auf die Angriffe Eisners aus, es müsse diesem bekannt sein, daß er, Eraberger, so lange wie möglich für den Frieden gewirkt. Die Behauptung, jede für den Frieden hinderliche Verhinderung müsse beseitigt werden, passe ebenso auf Eisner, der sich auf Clemenceau berufe und nicht wisse, daß dessen Freundschaft Herrn Eisner nicht als Sozialist, sondern Herrn Eisner als Verhörer der deutschen Einheit gelte. Mit politischen Raketten macht man keinen Weltfrieden.

Der Vertreter Gothas Weitzner fand die Verteidigung seines Reiches, das Erabergers Sünden auch seines Sünden seien. Er sieht das Programm in der Frage: Ist uns der Frieden lieber als der Sozialismus? Wir müssen für Sozialisierung sein, selbst dann, wenn wir uns dadurch eine feindliche Beziehung ausliehen. Uns fehlt das Volk über dem sogenannten Vaterland und dem Volk kann nur der Sozialismus helfen. Lipinski-Sachsen legt scharfe Verwarnung ein gegen die Zurückhaltung der Sozialisierung, ebenso gegen eine etwa geplante Einschränkung der Befugnisse der Reichs- und Landesregierungen. Die Nationalversammlung könne ruhig noch vertagt werden, bis die Vorbedingungen für sie geschaffen seien. Beigeordneter im Auswärtigen Amt Kautsky unterstützt Eisners Forderung einer Regierung, die vom Mehrheitswillen getragen sei und keine kompromittierten Männer enthalte. Die Friedensbedingungen würden nicht so hart sein wie die Waffenstillstandsbedingungen. Er bedauert, daß die noch nicht festgenommen seien, die durch die eben veröffentlichten bayerischen Berichte

so schwer kompromittiert seien. Das würde dem Frieden wahrhaft dienen. Ulrich-Dessen sagt, das Reich muß bleiben, aber die Berliner Diktatur muß fallen. Man wolle nicht los von Berlin, verlange aber gemeinsames Arbeiten. Der Volksbeauftragte Barth erklärte die Nationalversammlung für notwendig, ebenso viele andere Vertreter. Eisner warnt vor der Durchführung des Sozialismus im Augenblick der Zerrüttung. Scheidemann spricht entschieden für die Nationalversammlung und tritt ferner der Ansicht Eisners bei, daß man im Augenblick der Zerrüttung nicht sozialisieren könne, sondern sich gegen ein Räteregiment, wie es die Arbeiter- und

Soldatenräte auf die Dauer wägen, und nennt die technischen Schwierigkeiten der Nationalversammlung lächerliche Zwirnsfäden.

Statt Wählerlisten könnten einfache Legitimationen für jeden Wähler dienen. Wir brauchen keine Wählerlisten, nur Legitimationen für jeden Wähler, die nach der Wahl obgehängt würden, und für jede Partei eine Wählerliste fürs ganze Reich. Gradnauer (Sachsen) schließt sich ihm an und nennt die Nationalversammlung eine Schicksalsfrage. Volksbeauftragter Saake hält die Schwierigkeiten der Wahl doch für größer und bittet, die einzelnen Nationalversammlungen in den Bundesstaaten zurückzustellen. Staatssekretär Schiffer entwickelt in der nun folgenden wirtschaftlichen Besprechung ein Finanzprogramm der Zukunft.

In dem schärfsten Bekämpfung der Steuerlichen, Großrenten, gewinnsteuer, Besteuerung des Mehrerwerbes und Vermögenszuwachs enthalten sind. Nachdem die oben mitgeteilten Beschlüsse gefaßt sind, spricht Ebert das Schlußwort, in dem er sagt: Wenn die deutsche Republik leben soll, so bedarf sie der Arbeit. Sozialismus ist Arbeit! Er appelliert an die Arbeiter und Soldaten, damit die deutsche Arbeiterschaft der Welt zeige, daß 50 Jahre der Erziehung zur Selbsttätigkeit durch die Sozialdemokratie nicht verloren gewesen seien. Die Berichte der heutigen Sitzung machen es allen zur Pflicht, für die neue Republik die staatsrechtliche Befähigung in der Nationalversammlung zu schaffen.

Die kommende Wahl.

Die Entscheidung für die baldmögliche Einberufung der konstituierenden Versammlung erfolgte fast einstimmig, nur der Delegierte von Gotha stimmte gegen die sofortige Einberufung, der Delegierte von Braunschweig überhaup gegen die Nationalversammlung. Eisner knüpfte an seine Zustimmung das Verlangen auf Beachtung seiner Vorschläge.

Der Volksbeauftragte Ebert verteidigte noch die beiden angegriffenen Staatssekretäre Solz und Eraberger. Dr. Solz sei als einziger Staatssekretär von Kriegsbeginn an für einen Verständigungsfrieden gewesen. Und ohne die Tag und Nacht während der Arbeit des Staatssekretärs Eraberger hätte die Waffenstillstandskommission ihre Befehle nicht durchführen können.

Aus den Ausführungen des Volksbeauftragten Saake sind noch zu erwähnen seine Bemerkungen über die Rede des Vorsitzenden des Volksrates Richard Müller im Reichstag. Wenn Müller erklärt habe: „Nur über seine Leiche gehe der Weg zur Nationalversammlung“, so habe er damit nur vor einer Überstürzung warnen wollen.

Bereits Dienstag vormittag beschäftigte sich ein Ratskabinet der Volksbeauftragten mit dem Reichswahlgesetz, ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt, doch soll der erste, von Scheidemann stammende Entwurf abgelehnt worden sein.

Einspruch gegen Eisners Enthüllungen

Protest des Auswärtigen Amtes.

Die von der Münchener Regierung nach der Auflösung ihres Präsidenten Kurt Eisner erfolgten Veröffentlichungen über die Entstehung des Krieges haben einen Protest des Auswärtigen Amtes in Berlin veranlaßt. Er lautet:

„Das Auswärtige Amt hat gegen die Veröffentlichung der Münchener Regierung über die Vorgeschichte des Krieges protestiert. Sie muß nach Ansicht des Auswärtigen Amtes jetzt wie ein schwerer Schlag für unsere politische Arbeit wirken. Unseren Feinden und Verhandlungsgegnern gibt sie eine Waffe in die Hand, die diese zu benutzen wissen werden. Die Veröffentlichung steht im Zusammenhang damit, daß der jetzige Vertreter Bayerns in Bern seiner Regierung auf Veranlassung eines Mittelmannes Clemenceaus angeraten hat, Mitteilungen über die Vorgeschichte des Krieges zu veröffentlichen, weil ein Bekenntnis Deutschlands zur Schuld am Krieg dazu dienen würde, den Frieden schneller herbeizuführen. Nach unserer Auffassung unterliegt es keinem Zweifel, daß es Herrn Clemenceau nur darauf angekommen ist, uns ins Unrecht zu setzen. In den schweren Irrtum, daß Clemenceau ein Mann wäre, der sich zur Milde stimmen ließe, wenn die Schuld am Krieg von Deutschland auf sich genommen würde, können nur Leute verfallen, die sich von dem Charakter des französischen Ministerpräsidenten ein falsches Bild machen. Die Äußerungen des Auswärtigen Amtes werden auf Anordnung des Staatssekretärs Dr. Solz vom Unterstaatssekretär Dr. David hinsichtlich der dem Kriegsausbruch vorausgegangenen diplomatischen Aktionen geprüft werden.“

Die Münchener Korrespondenz Hoffmann meldet: Im Ministerrat des Volksstaates Bayern lag folgende mündliche Erklärung der Herren Staatsminister v. Delemann, v. Breuning und v. Knilling vor. Wir erklären hiermit, daß wir von dem gestern durch die Presse bekanntgegebenen Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin und den darin behandelten Tatsachen bisher weder amtlich noch

privat die genaue Kenntnis erhielten oder hatten." Dieser Erklärung der drei Herren hatte sich auch der frühere Verkehrsminister v. Seidlitz angeschlossen. Der Minister hat von sich aus beschlossen, diese Erklärung zu veröffentlichen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Über das Ziel der französischen Politik gegen Deutschland herrscht allmählich verschiedenes. Danach wünscht man in Frankreich die Verlegung des Schwerpunktes der deutschen Politik nach Süden, weshalb man dem Anschluss Deutsch-Osterreichs erst nach der Errichtung eines selbständigen Süddeutschlands und nur an dieses zustimmen will.

Ein Staatsmonopol für alle Schulbücher will der preussische Kultusminister Adolf Hoffmann einführen. Diese Bücher sollen unter Aufsicht der privaten Verlagsbuchhandels und der privaten Verwaltungen von Staats wegen verlegt und gedruckt werden.

Das preussische Ministerium des Innern hat zur Befestigung überflüssiger Polizeiverordnungen die Provinzialbehörden angewiesen, sämtliche Polizeiverordnungen erneut auf ihre Zweckmäßigkeit, Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit zu prüfen. Alle Verordnungen und Bestimmungen, die nach einer dieser drei Richtungen Bedenken erwecken, insbesondere also auch die veralteten, sollen beseitigt werden. Diese Anordnung wird voraussichtlich die Aufhebung einer größeren Zahl von Polizeiverordnungen zur Folge haben.

Einen Protest gegen die Schließung des bayerischen Landtags erlassen die bürgerlichen bayerischen Parteien. Sie erwarten von der bayerischen Regierung bestimmt, dass die provisorische Regierung den verfassungswidrigen Versuch unterlässt, bestehende gesetzgeberische Handlungen einseitig vorzunehmen, zu denen die Mitwirkung der gesetzlichen Volksvertretung notwendig ist.

Mit der Lebensmittelzufuhr aus Polen hat sich der „Polnische Volksrat“ in Polen befasst und einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen, in der es heißt: Um zu vermeiden, dass die Lebensmittelversorgung der großen Städte gefährdet wird, fordern wir alle zur Ablieferung sämtlicher Lebensmittel auf, bis wir Gegenteiles fordern. Die Lieferungen sollen nach Möglichkeit beschleunigt werden.

Großbritannien.

Über die verworrene Lage in Südosteuropa ist man in englischen Regierungskreisen der Ansicht, dass die Ententeeregierungen in Anbetracht der Streitigkeiten, welche überall in Südosteuropa zwischen den Nationalitäten zutage treten, eine deutliche, wenn möglich aktive Politik hinsichtlich aller strittigen Gebiete führen müssten, weil sonst in diesen Gegenden Anarchie entstehen könne.

Amerika.

Admiral Taylor machte über die Seerüstung der Union im Marineausbau interessante Mitteilungen. Er erklärte, dass im Juli 1920 die amerikanische Marine mehr als zweimal soviel Schiffe haben werde, als bei Beginn des Krieges. Der Hauptteil des Zuwachses werde auf Zerstörer entfallen. Für 100 Zerstörer seien jetzt die Aufträge vergeben und 240 würden während der nächsten 18 Monate gebaut werden. Der neue Dreadnought „Idaho“ werde in ungefähr zwei Monaten in Auftrag gegeben werden. Andere, wie die „Tennessee“ und „California“, seien jetzt im Bau. Zwei andere würden im Sommer 1920 fertig sein. Das Programm verlange auch 20 Unterseeboote.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 26. Nov. Der Rat der Volksbeauftragten ist heute zur Beratung über das Reichswahlgesetz zusammengetreten.

Berlin, 26. Nov. Der preussische Justizminister Spahn hat keine Entlassung eingereicht. Seine Nachfolger werden Rosenfeld und Heine sein.

Berlin, 26. Nov. Der erste Zug mit den Mitgliedern unserer Generalkonsulate in Moskau und Petersburg ist hier eingetroffen.

München, 26. Nov. Dem verhafteten aber wieder freigelassenen General Krafft v. Delmeningen wird zum Vorwurf gemacht, dass er von der Seeresleitung „zwei Divisionen aber keine Breuen“ zur Unterdrückung der Revolution in München verlangt habe.

Bamberg, 26. Nov. Der Landtagsabgeordnete Barth veranlasst gegenwärtig an verschiedenen Orten der Lausitz Versammlungen unter den Wenden, in denen zur Gründung eines selbständigen Wendenstaates aufgefordert wird.

Dresden, 26. Nov. In einer Versammlung zahlreicher Offiziere wurde die Gründung eines „Sächsischen Offiziersbundes“ beschlossen, dessen Ziel in der Fürsorge für alle Seeresangehörigen und Witwen und Waisen der Gefallenen besteht.

Budapest, 26. Nov. Der ungarische katholische Episkopat richtete an den Ministerpräsidenten ein Schreiben, in dem er erklärt, dass die Kirche zur Verwirklichung der demokratischen Verfassungsform ihren hierzu geeigneten Grundbesitz der Regierung zur Verfügung stelle.

Genf, 26. Nov. Das „Echo de Paris“ will aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, dass die Verhandlungen für den Bräutigamfrieden erst im Januar beginnen werden. Die Unterzeichnung des Protokolls sei kaum vor Ende Februar möglich.

London, 26. Nov. Der König hat die Proklamation zur Auflösung des Parlaments unterzeichnet.

Washington, 26. Nov. Die Wahlkampagne für General Harding zum Präsidenten der Vereinigten Staaten im Jahre 1920 ist formell mit der Bildung eines republikanischen „Winning-Teams“ eröffnet worden.

Der Stand unseres Rückmarsches.

Französische Übergriffe.

Die Hauptmassen des Weiberees überschreiten in vollem Fluss den Rhein. Um jede Störung zu vermeiden, sind Weibereebanden geschlagen worden, so unterhalb Düsseldorf, eine andere bei Bonn, eine weitere bei Ehrenbreitstein und eine bei Land über die Wala, demselben Weg, den Wälder in der Neujahrsnacht 1814 in anderer Richtung gemacht hat.

Jeder und Afrikaner in der Wala.

Die Franzosen sind allen Abmachungen entgegen in die südliche Wala einmarchiert. In die Westwala marschierten

indische und afrikanische Truppen englischer und französischer Nationalität ein. Gegen dies vorzeitige Einrücken in die Wala ist von der Waffenstillstandskommission Verwarnung eingelegt worden. Auch eine weitere Eigenmächtigkeit Frankreichs fordert unseren Protest heraus:

Spaa, 26. Nov. Die Waffenstillstandskommission hat energischen Einspruch gegen die von Frankreich angeordnete völlige Abschließung Elsas-Lothringens gegen das übrige Deutschland erhoben, die zu den größten Unzulänglichkeiten führt.

Deutscherseits wird u. a. gefordert: Die sofortige Wiederherstellung des Personen- und Güterverkehrs auf der Eisenbahn, des Postbetriebs einschließlich Telegraph und Fernsprecher, des gegenseitigen gegenseitigen Handelsverkehrs usw. Namentlich die Sperrung des Handelsverkehrs hat schon zu großen Störungen bei der Lohnzahlung in Elsas-Lothringen geführt.

Die Besetzung der Brückenköpfe.

Über die Besetzung des Rheingebietes und der Brückenköpfe hat sich die Entente folgendermaßen geeinigt: Köln und seinen Brückenkopf werden Amerikaner besetzen, Koblenz und den Brückenkopf werden die Engländer erhalten und Mainz wird von den Franzosen besetzt. Die Stalfer werden wahrscheinlich in der Wala oder aber im westlichen Rheingebiet in der Elbe untergebracht werden. In der neutralen Zone dürfen nur Polizeitruppen bleiben, über deren Höhe sich die Entente die Entschließung vorbehalten hat. Alle anderen Truppen und Soldaten müssen aus der neutralen Zone zurückgezogen werden.

Die britischen Gefangenen in Deutschland.

Der englische Vertreter in Spaa hat eine sehr scharf gefasste Erklärung seiner Regierung überreicht, wonach diese keinerlei Entschuldigungsverpflichtung für die traurige Lage der britischen Kriegsgefangenen in Deutschland anzunehmen gedenkt, insbesondere könne sie auch nicht die Verantwortung auf die inneren Schwierigkeiten Deutschlands als eine solche Entschuldigung gelten lassen. Die verantwortlichen Personen würden zur Rechenschaft gezogen und die Bedingungen des Waffenstillstandes eventuell mit Gewalt durchgesetzt werden.

Internierung der Armeesoldaten.

Nach Meldungen aus Ungarn verlangt der französische General Brancet d'Epren die Entlassung und Internierung der Armeesoldaten, weil die Frist vom 19. November, die für Ungarn festgesetzt war, überschritten sei. Feldmarschall Radenien hält aber an dem Standpunkt fest, dass auch für seine Truppen der Waffenstillstand zwischen Deutschland und der Entente maßgebend sei. Die schwierige Lage der ungarischen Regierung besteht darin, dass sie einerseits dem französischen Druck ausgesetzt ist, andererseits das Rohlenabkommen mit Deutschland gefährdet sieht, das eine Lebensfrage für Ungarn ist. Man nimmt an, dass es sich um einen Schachzug Frankreichs handelt, der in einer Weiterung Radeniens einen Vorwand für die Erneuerung des Krieges mit Deutschland erblickt. Einmündel ist die Forderung des französischen Marschalls nach Berlin weitergegeben worden.

Verschiedene Meldungen.

Landenberg a. d. W., 26. Nov. Zum Schutz gegen die Freireiher der Polen, die aus der Provinz Polen drohen, ist nach der Stadt Driesen an der Ostbahn Artillerie gelegt worden.

Rürnberg, 26. Nov. Hier sind die ersten bayerischen Truppen eingezogen.

Paris, 26. Nov. In der französischen Kammer sollte die Regierung mit Hilfe mit 257 gegen 140 Stimmen die Verurteilung der sofortigen Abrüstung aller Territorialklassen durch die Verurteilung von Truppen in Russland wurde nicht nur von den Sozialisten scharf getadelt.

Paris, 26. Nov. In parlamentarischen Kreisen rechnet man mit einer Verlängerung des Waffenstillstandes über den 17. Dezember hinaus.

London, 26. Nov. Hier gibt man die Zahl der versenkten englischen Schiffe während des deutschen Unterseebootskrieges auf durchschnittlich pro Monat 120 000 Tonnen an. Die englischen Seestreitkräfte versenkten oder zerstörten 58 deutsche Unterseeboote im gleichen Zeitabschnitt.

Sebastopol, 26. Nov. Hier ist ein englisches Torpedoboot eingetroffen, dem die englische Flotte folgte. Kiew, Odessa und Charkow werden von der Entente besetzt.

Kiew, 26. Nov. Die Entente hat den deutschen Geschäftsträger in Kiew wissen lassen, dass sie die Aufrechterhaltung der durch den Detsman geschaffenen Staatsordnung wünsche und die deutschen Truppen für verpflichtet erachte, die Ordnung und Ruhe im Lande aufrechtzuerhalten.

Kiew, 26. Nov. In der ganzen Ukraine herrscht Ruhe, so dass man wegen der dortigen deutschen Truppen unbesorgt sein darf.

Washington, 26. Nov. Baker veröffentlicht eine Bekanntmachung, dass das Kriegsministerium beabsichtige, die amerikanische Expeditionsmacht bis auf die Hälfte zu vermindern, so dass noch 30 Divisionen verbleiben werden.

Deutschlands Lebensmittelversorgung.

Amsterdam, 26. November.

„Daily News“ melden, die Entente bereite die Lebensmittelversorgung Deutschlands vor. Die Einzelheiten seien einer besonderen Kommission in Paris übertragen. In die Versorgung seien aber Bedingungen geknüpft. Die Verteilung soll nach Bezirken erfolgen, und zwar nach dem jeweiligen Bedarf der verschiedenen Gebiete. Die Entente sei genau unterrichtet über die Lage der Dinge und könne beurteilen, was am dringendsten in Betracht komme. Zuerst werde man Getreide senden, dann Fleisch und Fett, aber in geringerer Quantität als Getreide. Deutschland werde an dritter Stelle versorgt werden, zuerst würden die verbündeten Länder berücksichtigt, dann die Neutralen.

Vertreter der Alliierten in Berlin.

Berlin, 26. Nov. Über die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission vom 24. d. Mts. wird noch gemeldet: Zur beschleunigten Regelung der Gefangenensfrage luden die deutschen Vertreter die Vertreter der Alliierten zu Besprechungen nach Berlin ein. Die Einladung wurde angenommen. Vertreter Frankreichs, Englands und Amerikas sollen in einigen Tagen in Berlin eintreffen. Der französische Vertreter wird vorher in Spaa mit den Gefangenenskommissionen Abklärung nehmen.

Paris, 26. Nov. Italien hat von Frankreich sämtliche Rohle erhalten. (Wohl aus dem Saarrevier.) Wie es heißt, soll Italien 100 000 Tonnen erhalten.

Berlin, 26. November.

Aus Ratibor und Sindenburg wird berichtet, dass die Bergarbeiter in Oberschlesien größtenteils beendet seien. Im Auslande befinden sich noch die Bergarbeiter der Delbrück-Schächte bei Walschan und der Ludwigschlag-Grube bei Wilschlag sowie der Knauer-Grube; die Einigungsverhandlungen werden jedoch auf diesen Gruben fortgesetzt.

Die politischen Bergleute verlangten, dass der Tage-lohn von 25 Mark, der sich bisher auf den Neunhundert-tag bezog, nunmehr für sechs Stunden bezahlt werde. Es hat sich aber gezeigt, dass es sich diesen Grubenarbeitern nicht nur um die Erhöhung der Bezahlung handelt, sondern es dreht sich in Oberschlesien um politische Motive, um eine von den Polen (auch von der polnischen Aristokratie) ausgehende Agitation gegen die Arbeit in den deutschen Gruben. Verhängt wird die Lage dadurch, dass die Gefangenen, die der Entente entkommen, den Verträgen gemäß unverzüglich entlassen werden müssen; aber auch die russischen Arbeiter, die freigegeben worden waren, verweigern die Seinsbefreiung.

In Rheinland und Westfalen haben die Streiks der Bergarbeiter bedeutend an Umfang zugenommen. Die Bergarbeiter betragen gegenwärtig 10 000—11 000 Waggons gegen eine normale Verladung von 24 000 Waggons im Frieden und 32 000 Waggons im Frieden.

Für die Schlichtung und Anzeigen verantwortlich:
Theodor Friedrichs in Hachenburg.

Am Samstag, den 30. November 1918, nachmittags um 5 Uhr findet in dem Geschäft von Otto Schulz Butterverkauf statt und zwar wie folgt:

von 1—2 Uhr	Butter Nr. 1—125
2—3 „	„ 125—250
3—4 „	„ 251—375
4—5 „	„ 376—Schluß.

Preis pro Pfund 4,30 M.

Hachenburg, den 28. 11. 1918. Der Bürgermeister.

Bürgerwehr Hachenburg

dankt für die bisherige Tätigkeit. Bis auf weiteres werden die Nachtwachen eingestellt. Sobald die Tätigkeit wieder beginnt, wird dies im „Erzähler“ bekanntgegeben.
J. A.: Vor. Demald.

Aufruf

an das so sehr verwaltete Wetterwälder Zentrum

Die Zeit ist ernster als je, worin wir uns jetzt befinden, darum ist es eines jeden rechtenden zielbewussten Zentrumshängers, männlich wie weiblich, heilige Pflicht, den augenblicklichen schweren Kampf um unsere höchsten Güter ernstlich aufzunehmen. Auch die bisher faumseligen launen Anhänger dürfen sich nach den geschehenen Tatsachen nochmals aufrufen. Wenn nach einigen Tagen der Aufruf zu den Versammlungen auch ergeht, so folget diesem Rufe gern. Bringt das kleine Opfer freudig, damit wieder neues Leben entsteht. Verläumt von jetzt ab keinen Augenblick zur Vorbereitung auf das, was uns bevorsteht: die Wahlen.

Christian Weber, Hachenburg.

Hochofenarbeiter

gesucht.

Actiengesellschaft Charlottenhütte
Niederschelden, Sieg.

Wein in der Menge gelegen & maßlos

Lagerhaus

das gegenwärtig der Stadt Hachenburg als Lagerhaus für den und einen dienl. beabsichtige ich zu verkaufen. Werhaber wollen sich umgehend mit mir in Verbindung setzen.

Ch. Kirchhöbel, Hachenburg.

Besseres kleines

Hotel

am liebsten mit größerem Wohn- und Gemütsraum von Hachenburg zu kaufen gesucht.
Anges. um 8. u. 7030 bünd.
Rudolf Meiß, Götting.

1 Läuferfischwein

1 trüchtiges Kind

1 trüchtige Fahrküh

unter wem die Wahl zu verkaufen bei

Karl Balduß, Hachenburg

Ka. Rotklee

zum Schlachten:

prima reiner Pfeffer,

Muskatnüsse, Nelken

eingetroffen.

C. von Saint George

Hachenburg.

Arbeits, fleißiges

Mädchen

oder Arbeiterin zur Hilfe der Frau auf Land & Stadt. Näh. Geschäftsbüro.

Junges Mädchen

das schon gedient hat, sucht Stellung am liebsten in einem katholischen Haushalt. Näheres bei Frau v. Schmidt, Hachenburg.

Männliche

Arbeiter

stellen ein

Gustav Berger & Co.

Hachenburg.

Wer erteilt

einem Schilling

22 Jahre, Unterricht in

1918? Off. ten. eiden an die

„Schlichter“, H. Hatten.

Häufelmaschinen

Fräsmühlen

Röhrenschneider, klein und

Zauchefässer

Stahl-Ackerwalzen

empfehlen

Bertold Seewald

Hachenburg.